

Neussener Zeitung

Ämtliches Kreisblatt



Er scheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Preis vierteljährlich einschl. der tagl. Beilage „Bunte Blätter“ in Neuss 1,50 Mk., durch die Post bez. 1,65 Mk., mit illust. Unterhaltungsblatt 1,80 Mk., durch die Post bezogen 1,95 Mk. Verantwortlich für die Schriftleitung: Th. Jossen, Neuss.

Druck und Verlag: Rob. Roas, Neuss.

Anzeigen 15 Pfg. die 7gespaltene Zeile oder deren Raum, auswärtige 20 Pfg. Reklamen 60 Pfg. die 3gespaltene Zeile oder deren Raum. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Josef W. Risch, Neuss. Expedition: Neuss, Neussstr. 1. Tel. 57.

Nr. 61. 1. Blatt.

Donnerstag, 17. März (Gertrud.)

1910. 85. Jahrg.

Politische Nachrichten.

Deutschland.

Der Oberpräsident von Westfalen, Frhr. v. der Rede, teilt der Kreuzzeitung mit, daß die Meldung der Neuen politischen Korrespondenz von seinem Rücktritt frei erfunden ist.

Von den Invalidenrenten. Die „Berl. Vol. Nachr.“ schreiben: Auch im Jahre 1909 sind nach dem Reichstage vorliegenden Berichte des Reichs - Versicherungsamts Ermittlungen über die Ursachen für die Zunahme der Bewilligung von Invalidenrenten angestellt. Es sind nunmehr die Bezirke aller Versicherungsanstalten, die der Aufsicht des Reichs - Versicherungsamts unterstehen, bereist. Die örtlichen Feststellungen haben auch im letztverflossenen Jahre Gelegenheit geboten, mit den Vertretern und den Vertrauensärzten der Anstalten, den Beamten der unteren Verwaltungsbehörden, den Amtsärzten und den Vertretern der Arbeitgeber und der Versicherer die Grundsätze zu erörtern, die bei der Prüfung der Rentenansprüche anzuwenden sind. Das Ergebnis der Erhebungen entsprach im wesentlichen den Wahrnehmungen in den früheren Jahren. Auch diesmal war zu beanstanden, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse der Geschädigten nicht immer erschöpfend aufgeklärt waren, und daß manche ärztliche Gutachten kein klares Bild vom Grade der noch vorhandenen Leistungsfähigkeit gaben. Vielfach begnügten sich namentlich die unteren Verwaltungsbehörden damit, daß der Arzt die Frage des Gutachtenformulars nach dem Bestehen von Erwerbsunfähigkeit bejahte, ohne in die unerlässliche selbständige Prüfung der Frage einzutreten, ob der vom Arzte festgestellte Befund die Annahme der Erwerbsunfähigkeit gestattete. Es mußte deshalb betont werden, daß die Frage nach dem Grade der Erwerbsunfähigkeit streng genommen eine wirtschaftliche sei, deren Beurteilung in erster Linie den unteren Verwaltungsbehörden und den Rentenfeststellungsinstanzen obliegt. Für die Gewinnung eines Urteils hierüber ist es gewiß von hohem Werte, wenn ein auf dem Gebiete der Arbeiter - Versicherung erfahrener Arzt die Ansicht vertritt, daß die Erwerbsunfähigkeit eines Rentenbewerbers unter ein Drittel gesunken sei. In erster Linie aber besteht die Aufgabe des Arztes darin, den nachteiligen Einfluß zu erörtern, den die von ihm festgestellten Leiden und Gebrechen auf die einzelnen Organe und Gliedmaßen und deren Gebrauchsfähigkeit ausüben, und sich namentlich darüber auszusprechen, welche Arbeiten (schwere, mittelschwere, leichte Arbeiten im Stehen, im Sitzen, im Gehen, in geschlossenen Räumen fortgesetzt oder nur mit Unterbrechungen) ein Geschädigter noch verrichten kann. Erörtert wurde auch die Einführung von Maßnahmen, die geeignet sind, die Kenntnis des Arztes von der Arbeiter - Versicherung und den Aufgaben des Arztes bei Begutachtung der Rentenansprüche zu vertiefen. Dabei kamen namentlich in Betracht die Abhaltung von Vorträgen in ärztlichen Vereinen, die Ueberweisung der Medizinalpraktikanten an Heilanstalten der Landes - Versicherungs - Anstalt, die Begründung von Lehrkursen über soziale Medizin für praktische Ärzte. Endlich wurde die Anstellung von örtlichen Vertrauensärzten besprochen.

Stadtverordneten-Sitzung.

(Siehe auch 2. Blatt.)

Neuss, 15. März.

Bei der Beratung über ein Ortsstatut betreffend Erhebung von Beiträgen zu Gemeindeveranstaltungen

dessen Wortlaut wir in Nr. 48 (1. Blatt) schon veröffentlichten, führte in der allgemeinen Aussprache Stadtbr. Breuer aus, als vor 14 Tagen er Vertagung beantragt habe und diese vom Kollegium genehmigt wurde, habe er vorausgesetzt, daß der Entwurf einer gründlichen Reform unterzogen werde und dann erst wieder vorgelegt werde. Das sei nicht der Fall. Er werde auch heute wieder gegen ein derartiges Ortsstatut stimmen, weil die Quoten der Kosten, welche den einzelnen Leuten darin auferlegt würden, zu hoch seien und von vielen drückend empfunden würden. Das Kommunalabgabengesetz bringe die Rechte und Pflichten in milderer Form zum Ausdruck als das Ortsstatut, welches in empfindlicher Schärfe angewandt werden könne. Der Redner erläuterte seine Bedenken näher. So empfinde er die Belastung der Haushälter zu hoch.

Die Hauptstrazenzüge dienten im Großen und Ganzen der Allgemeinheit. Fünf Zehntel der Kosten auf die Adjazenten abzuwälzen, erscheine ihm zu hoch. Es könne dann ja vorkommen, daß Leute an einer Straße oder an einem Park zu dem Kosten der großen Anlagen herangezogen werden könnten. Andre Verkehrsmittel, Kanäle, Häfen usw. dienten auch der Allgemeinheit, aber mithin müßten die Hauptinteressenten auch da zu den Kosten herangezogen werden. Die Straßen hätten seit Urzeiten dem allgemeinen Verkehr gedient, und die Beiträge, mit denen die Adjazenten herangezogen würden, erschiene ihm deshalb zu hoch.

Brgm. Gießen erwidert u. a., das Ortsstatut enthalte gegenüber dem § 9 des Gesetzes keinerlei Verschärfung. Im Gegenteil bringe es wesentliche Erleichterungen, weil die Stadt sich darauf stütze, nur 50 Prozent zu erheben; nach dem § 9 könne sie weit über diesen Satz hinausgehen.

Wenn die Stadt den Hauptstrazenzug erneuere, so hätten die Adjazenten ein ganz wesentliches Interesse daran, und zwar das erste Interesse. Zweifellos würden die Häuser an derartig modernisierten Straßen für verhältnismäßig kleine Beiträge an Wert gewinnen. Eine wesentliche Erleichterung trete dadurch ein, daß die Adjazenten nur zu einem Teil der Kosten der Umarbeitung herangezogen würden, daß die Stadt sogar die dauernde Unterhaltung übernehme. Die Last der Unterhaltung werde den Adjazenten also völlig abgenommen. Wenn

Herr Breuer sage, gerade so gut könnten auch in andern Fällen von den direkten Interessenten Beiträge erhoben werden, so treffe das durchaus zu, und es sei in keiner Weise ausgeschlossen, daß das geschehe. In allen andern Fällen sei jederzeit die Möglichkeit da, auf Grund des § 9 Beiträge zu erheben.

Stadtbr. Rechtsanwalt Riehen: Er habe sich auch bemüht, der Vorlage eine günstige Seite abzugewinnen, sei aber zu einem negativen Resultat gekommen. Seine Bedenken seien grundsätzlicher Natur. Das Kommunalabgabengesetz bestimme allgemein, daß die Kosten von Veranstaltungen einer Gemeinde, die ihrer Natur nach den Adjazenten einen besonderen wirtschaftlichen Vorteil bereiten, von diesen entsprechend getragen würden. Dieses Prinzip liege dem Statut zugrunde, es greife aus der Fülle der Veranstaltungen einige wenige heraus, die wohl die regelmäßigsten sein werden, und stelle hinsichtlich derer ganz starre bestimmte Sätze auf; es setze ein für alle Mal fest: Wenn irgendwo diese Veranstaltung getroffen wird, sollen diese und keine andern Sätze bezahlt werden, soll derjenige der den Vorteil hat unter allen Umständen bezahlen. Das sei etwas sehr Bedenkliches. Die Aufzählung die in dem Ortsstatut vorgehen ist, sei unvollständig und solle auch keine erschöpfende sein. Die Stadt müsse die Abgaben erheben laut Gesetz. Aber schon bei einem flüchtigen Blick stoße man auf verschiedene Fragen. Zunächst frage man sich, weshalb müssen es gerade diese Sätze sein; es seien doch willkürliche Zahlen. Diese könnten doch nicht immer dem besondern wirtschaftlichen Vorteil des Einzelnen entsprechen, denn der werde doch verschieden sein. In einem Falle könne damit zu viel, in andern zu wenig erhoben werden. Habe man das Ortsstatut, so sei die Möglichkeit genommen, über die Sätze hinaus zu gehen. Warum wolle man ein Statut erlassen, welches lediglich dem Eigentümer belaste und die Belastung nicht auch ausdehne auf die Gewerbetreibenden, auf gewerbliche Veranstaltungen? Warum wolle man die Sätze festlegen, trotzdem man den Nutzen ohne Weiteres einfach zu ermitteln hätte? Das Letztere möge besondere Schwierigkeiten bieten, aber das sei kein Grund, diese Bedenken ohne Weiteres beiseite zu lassen. Es scheine ihm, daß in dem Entwurf eine sehr starke und nicht immer der Billigkeit entsprechende Belastung des Grundbesitzes drohe.

Der Redner zieht Vergleiche zwischen verschiedenen Möglichkeiten. Die Beurteilung des Interesses der Adjazenten könne nur von Fall zu Fall bei jeder Veranstaltung erfolgen. Er bekämpfe das Prinzip, daß man sich ein für alle Mal für jeden Fall schablonenhaft auf gewisse Sätze festlegen solle. Man schaffe damit ein Schema, das später kritisch und rücksichtslos von den Stadtverordneten oder der Verwaltung angewendet werden müsse. Dieses Bedenken sei schon groß genug, um vom Erlaß des Ortsstatuts Abstand zu nehmen. Man möge sich mit dem Gesetz begnügen und von Fall zu Fall prüfen, wie die Sache liege; deshalb mache man sich keine besonderen Schwierigkeiten und keine besondere Arbeit. Jedemal werde doch beschloffen, was gemacht werden solle, die prinzipielle Frage müsse bei jedem Beschluß doch erfolgen. Weshalb solle man sich nicht auch darüber verständigen können, was der einzelne Adjazent für einen besondern wirtschaftlichen Vorteil habe. Er bitte, den Bedenken beizutreten und die Vorlage grundsätzlich zu verwerfen. Er verpönte sich auch nichts davon, wenn nach der einen oder andern Richtung hin eine Milderung oder Beschränkung vorgenommen werde. Es handle sich darum möglichst Billigkeit und Gerechtigkeit zur Anwendung zu bringen. Deshalb möge man sich nicht festlegen.

Brgm. Gießen verteidigte die Vorlage weiter. Aus der großen Menge der Veranstaltungen habe man den Ausbau der alten Straßen herausgenommen, und diese Sache in eine feste Form gebracht. Sie lasse sich in eine solche bringen, da es sich um annähernd dieselben Verhältnisse und dieselben Interessen handle. Das Hineinsetzen von starren Sätzen habe für die Bürgerschaft einen ganz wesentlichen Vorteil, indem diese schon von vornherein wisse, woran sie sei und indem die Stadt sich selbst festlege und in Zukunft nicht über diese Sätze hinausgehen könne. Was die Berechnung nach Frontlängen anbelange, so sei diese für Straßenausbau durch Gesetz festgelegt. Für die Kanalbenutzungsgebühren werde angestrebt andere Normen zu nehmen. Es sei nicht zutreffend, daß eine Beurteilung von Fall zu Fall ebenso bequem sei. Die Bürgerschaft müsse auch genau wissen, woran sie sei.

Stadtbr. Sels erklärt, er könne die Bedenken nicht alle teilen. Man sollte fast glauben, es handle sich darum, daß die Verwaltung beschließen könnte, diese und jene Straße wird erneuert und die Anlieger müssen bezahlen. Es kämen doch nur Sachen in Betracht, die vorher von den Stadtverordneten beschlossen werden müßten und reichlich überlegt würden. Die Gebühren seien doch nicht so groß wie mancher glaube. Auch die Härten würden nicht ganz so schlimm sein, wenn die Gebühren nicht gar so schnell gezahlt werden müßten. Es müsse die Möglichkeit vorhanden sein, die Zahlung zu stunden. Wenn es hieße, andre Veranstaltungen seien für Gewerbetreibende von Vorteil, z. B. der Hafenausbau, so müsse er darauf hinweisen, daß der Hafenausbau die Basis sei, worauf das Emporblühen der ganzen Stadt ganz entschieden beruhe. (Zustimmung.) Wenn man sehe, wie viele tausende Einwohner herkämen, so komme das doch in erster Linie dem Mittelstand zugute, den Gewerbetreibenden, den Ladenbesitzern. Und wenn die Hauptstraße vom Bahnhof bis zum Obertor modernisiert werde, so diene man damit in allererster Linie den Leuten, die an der Straße ihre Geschäfte haben. Weil aber auch die Allgemeinheit Nutzen davon habe, so trage sie auch 50 Prozent. Man könne der Verwaltung und den Stadtverordneten im Ruhe die Befehle darüber überlassen, daß das Ortsstatut in sachgemäßer Weise ausgeführt werde.

Stadtbr. Breuer: Er habe bei jeder Gelegenheit betont, daß er sich freue, daß der Hafen blühe und gedeihe. Ihm erscheine das Verhältnis der Beiträge der Adjazenten zu den Kosten der Straße wie es vorgesehen sei, zu hoch. Von ihm werde nicht bestritten, daß die Adjazenten ihren Nutzen von der Straßenerweiterung hätten, aber sie zahlten doch auch als Steuerzahler mit an den zweiten 50 Prozent.

Stadtbr. Sels: Die Leute, die nicht an historischen Straßen wohnen, zahlten die ganzen Kosten.

Stadtbr. Breuer: Die verdienten auch an den Grundstücken, die daran liegen, viel Geld.

Stadtbr. Sels: Das komme nur den Spekulant zugute, nicht den Käufern.

Brgm. Gießen: Die Ausführungen des Herrn Sels müßten gewürdigt werden. Die Kommission hätte sich sechs oder sieben Mal mit der Sache beschäftigt. Auch auf der letzten Tagesordnung der Finanzkommission habe sie gestanden, aber zu keiner Erörterung Anlaß gegeben.

Stadtbr. Riehen: Was er gesagt habe, seien seine persönlichen Erklärungen. Er habe nicht im Auftrage seiner politischen Freunde gesprochen. Der Redner legt nochmals seinen Standpunkt dar und führt u. a. noch aus, auch ohne Statut werde sich jede Verwaltung über die Sätze verständigen können, die brauchen nicht festgelegt zu werden; wie machten es denn die Gemeinden, die kein solches Ortsstatut hätten.

Brgm. Gießen: Bisher seien die Beiträge nicht erhoben worden.

Stadtbr. Riehen: Wenn das nicht geschehen sei, dann habe das nicht am Gesetz gelegen, sondern die Verwaltung habe das Gesetz nicht gehandhabt.

Brgm. Gießen weist noch darauf hin, daß seitdem er hier sei, die Regulierung des Hauptstrazenzuges die erste größere Sache dieser Art sei, vor der die Stadt stehe und bei der die Erhebung infrage kommen könnte. Er überlegte schon, ob er auch nicht auf andern Gebieten ähnlich eingreifen könne.

Die Verwaltung und die Kommission, die das Statut einstimmig bewilligt hätten, wollten eine feste Norm und eine Dispositive schaffen.

Stadtbr. Jossen: Die Ausführungen des Herrn Riehen hätten sehr viel für sich. Es entspreche wohl der Ansicht eines jeden, daß es vorteilhaft sei, sich die Freiheit des Handelns vorzubehalten und von Fall zu Fall zu entscheiden nach Maßgabe der Verhältnisse. In der Praxis würde das aber unfehlbar zu Resultaten ergeben, nach denen die Verteilung für verschiedene Strazenzüge und Veranstaltungen verschieden festgelegt würde. Dann käme die Unzufriedenheit. Dann heiße es, warum müssen wir mehr bezahlen, usw. Diese Unzufriedenheit könne nur dadurch gehoben werden, daß die Kosten einmal grundsätzlich für alle Fälle festgelegt würden. Ueber die Höhe des Kostenbeitrages für die Bürgersteige ließe sich wohl noch sprechen.

Brgm. Gießen: Nur bei ganz neuen würden 90 Prozent erhoben, das sei deshalb mäßig, weil jeder andre in neuen Straßen die ganze Anlage bezahlen müsse.

Stadtbr. Jossen: Es könnten Fälle vorkommen, wo auf einer entlegenen Straße bisher der Anlieger sich bemüht habe, in bester Ordnung den Bürgersteig mit Kies zu unterhalten, und wo für die Allgemeinheit die Unterhaltung auch genügt habe. Dann seien wohl 90 Prozent etwas hoch.

Stadtbr. Thym wissen: Der Vorschlag sage, es wäre jetzt das erste Mal, daß eine Straße in Betracht komme. Da sei wohl die Jülicherstraße vergessen worden.

Brgm. Gießen: Die müsse ganz bezahlt werden nach dem Fluchtliniengesetz. Die Adjazenten zahlten dort die vollen Kosten.

Stadtbr. Thym wissen: Die sei doch Provinzialstraße gewesen.

Brgm. Gießen: Damit sei es aber keine historische Straße.

Dann wurde in die Beratung der einzelnen Paragraphen eingetreten. Dabei macht Stadtbr. Riehen Vorschläge betreffend einzelner Streichungen und Änderungen.

Stadtbr. Jossen fragt u. a., was man bautechnisch unter einem Bürgersteig verstehe. Wenn z. B. der Bürgersteig in der Form vorhanden, Kanalfeste gelegt und mit Kies solide unterhalten werde, ob das genüge.

Brgm. Gießen: Er habe noch keinen Bürgersteig gesehen, der dauernd mit Kies gut unterhalten wäre. Er erinnere an die Rheinstraße, die Königstraße und die Hafenstraße. Man habe nie gesehen, daß die Adjazenten sich veranlaßt gefunden hätten, etwas Kies aufzufahren.

Stadtbr. Sels: Er habe die Erfahrung gemacht, daß da einer, bevor er nicht gezwungen werden könne, in höchst seltenen Fällen einen ordentlichen Bürgersteig anlege. Er sehe nicht ein, weshalb damit die Allgemeinheit belastet werden solle, die Leute in andern Straßen müßten die Bürgersteige doch ganz zahlen.

Stadtbr. Sittel weist auch darauf hin, daß hierbei nur die historischen Straßen infrage kommen im inneren Stadtteil. Auf die Dauer genügt das aber keine Bürgersteige mit Kiesbelag.

Er entspinnt sich weiter eine Aussprache über die Zweckmäßigkeit einen anderen Modus für die Berechnung nach Frontmetern zu finden.

Der Vorschlagende verwies auf Bemerkungen hin darauf, daß es im Interesse des Schutzes des etwaigen gutgläubigen Ankäufers des Grundstücks notwendig sei, Eintragung der Kosten ins Grundbuch zu bewirken. Sonst wisse der betreffende gar nicht, was er übernehme. Eine wesentliche Belastung trete dadurch nicht ein, die Eintragung koste nur wenige Groschen.

Stadtbr. Breuer: Er bitte in betreff der Zahlungsweise möglichst human zu verfahren, nicht etwa einen Zettel ins Haus zu bringen, innerhalb dreier Tage sei zu bezahlen, wie das jüngst der Fall sei.

Brgm. Gießen fragt, wann das denn geschehen sei.

Stadtbr. Breuer: Das sei jüngst doch vorgekommen. Es gebe viele kleinere Leute, die mit ihren Groschen rechnen müßten. (Sehr richtig.)

Brgm. Gießen: Da habe es sich um Vorschüsse gehandelt. Die müsse man doch haben, wenn die Arbeiten ausgeführt werden sollen. Da sei das berechtigt.

Stadtbr. Sels: Man habe einige Wochen vorher darauf aufmerksam machen müssen, daß diese Anforderung kommen werde. Das hätte nicht viel Kosten und Mühen gemacht.

Brgm. Giesen: Das sei geschehen. Wochenlang vorher. Die Vorschlagsforderung geschehe erst auf Grund des eingegangenen Baugesuches.

Auf eine Anfrage des Stadtverordneten Biel bemerkt der Vorsitzende, daß in Bezug auf die Kostenbeitreibung im Streitfall im Statute eine Milderung gegen die sonstige Art eintrete.

Stadt. Paul: Kosten wünscht eine Bemerkung über die Möglichkeit der Stundung der Beiträge ins Statut.

Brgm. Giesen: Das müsse nach den persönlichen Verhältnissen geprüft werden. Eine solche Bemerkung lasse sich daher nicht einfügen.

Die Vorlage wurde, wie schon berichtet, gegen die Stimmen der Stadt. Breuer und Niden angenommen.

Bei der Festlegung der Fluchtlinien für den Weihenbergerweg und die Schulstraße.

erwähnt Stadt. Biel u. a., er möchte das Salzgäßchen in Erinnerung bringen. Ein Teil des Gäßchens sei schon vernichtet, der übrige Teil schwebt nur in der Luft herum. Man möge die Gasse einziehen und evtl. unter die Adjazenten verteilen. Das sei schon angeregt worden, etwas Positives sei aber noch nicht geschaffen worden.

Brgm. Giesen: Die Rechtsverhältnisse seien dort noch so ungeklärt, daß noch weitere Erörterungen erfolgen müßten.

Übernahme einer Bürgschaft für die Arbeiter - Wohnungsgenossenschaft.

Brgm. Giesen: Die Genossenschaft habe sich erfreulicherweise entschlossen, eine Reihe von zwei Familienhäusern zu errichten, vorläufig 45. Das Geld erhalte die Genossenschaft von der Landesversicherungsanstalt, vorausgesetzt, daß die Stadt für die 500 000 M die Bürgschaft übernimmt. Da die Stadt in erfreulicher Weise in Entwicklung sei, sei das Wirken der Bauvereine sehr zu begrüßen.

Stadt. Lönnes: Er habe nichts gegen die Übernahme der Bürgschaft, meine aber, daß die Stadt auch ein Äquivalent dadurch haben müsse, daß sie verlange, daß die Baupläne genehmigt würden. In der Weingarstraße sei eine Reihe Häuser entstanden, bei denen sich mit wenig Mitteln ein prachtvoller Effekt habe schaffen lassen, wenn man dort Häuserfronten wie an der Bergheimerstraße verwendet hätte.

Brgm. Giesen: Die Bürgschaftsübernahme werde jedesmal mit der Genehmigung der Fassaden verknüpft. Gerade bei diesen Häusern müsse man aber vorsichtig wegen der Kosten zu Werke gehen. Daß die Häuser an der Weingarstraße verunstaltend wirken, möchte er nicht unterschreiben.

Stadt. Lönnes: Das sei Geschmackssache.

Stadt. Arbeitersek. Schmitz: Heute erforderten die Mieten schon über 30 Prozent der Löhne der Arbeiter. Deshalb müsse man immer mehr bedacht sein, die Wohnungen billig zu gestalten und nicht durch Fassaden zu verteuern.

Stadt. Jol. Josten: In letzter Zeit sei bei einem besonderen Zweige der Neuher Industrie Erbitterung zutage getreten, weil die Genossenschaft im letzten Jahr einen bedeutenden Teil ihrer Bedürfnisse von auswärtig bezogen habe. In solchen Fällen frage es sich, ob es nicht als besondere Aufgabe der Stadtverwaltung betrachtet werden möge, bei Preisdifferenzen zu vermitteln.

Brgm. Giesen: Das sei sehr intensiv geschehen. Es könne aber weder von der Genossenschaft noch von der Stadtverwaltung gewünscht werden, daß sie zugunsten einzelner weniger Interessenten, um am Ort zu kaufen, mit höheren Baukosten wirtschaften. In diesem Falle sei das tatsächlich vorliegend.

Stadt. Jol. Josten: Er befürworte nur die Vermittlung.

Brgm. Giesen: Herr Wingender werde bestätigen, daß die Vermittlung trotz intensiver Versuche vergeblich gewesen sei.

Stadt. Breuer: Er bitte in jeder Beziehung zu versuchen, wenn es eben zu machen sei, alles von hier zu beziehen, wie es nicht mehr wiederholt und billig sei. Wenn es sich aber um hundert Prozent Differenz handle, dann tue das einem, offen gestanden, sehr leid, daß so verschiedenartig kalkuliert werde. Wenn es zu machen sei, würden nur Neuher Firmen berücksichtigt.

Stadt. Guder: Er habe gehört, im nördlichen Stadtteil solle eine Verwaltungsschule von der Wohnungs-Genossenschaft errichtet werden. Die sei sehr vonnöten, es wohnen dort viele Familien. Ob die Verwaltung wisse, ob die Errichtung bald erfolge.

Brgm. Giesen: Er glaube, da wende sich Herr Guder um Auskunft besser an die Genossenschaft. Das Baugesuch sei schon genehmigt.

Stadt. Derstappen: Er wisse nicht, welche Industrie Herr Josten gemeint habe. Es seien viel Schwemmscheine von auswärtig bezogen worden. Er meine, es könnten dabei doch besonders hiesige Firmen berücksichtigt werden.

Stadt. Josten: Die habe er in erster Linie gemeint.

Brgm. Giesen: Das habe er sehr wohl verstanden. Aus demselben Grunde sei man auch beim Krankenhausneubau so vorgegangen im vollen Einverständnis mit der Baubaukommission.

Die Vorlage wurde, wie berichtet angenommen.

Ueber die Breite der Fahrdämme neuer Straßen

entpann sich später noch eine Debatte nachdem

Stadt. Biel ausgeführt hatte, er finde bei der Goethestraße 5,50 Meter Breite für den Fahrdamm zu gering bei im ganzen 11 Meter Straßenbreite. Er habe Gelegenheit gehabt ein größeres Fuhrwerk zu beobachten, welches in einer solchen Straße nur mit Schwierigkeiten habe wenden können. Mit dem Fahrdamm gehe man zu sparsam um, wogegen die Bürgersteige so sehr breit seien. Es sei nicht gesagt, daß solche Straßen auch mal Verkehrsstraßen würden. Wir beklagen uns heute über Sünden, die früher begangen worden seien, sollten aber selbst solche vermeiden. Er bitte die Fahrbahn auf mindestens 6 Meter oder 6,50 Meter festzulegen. Das lasse sich doch machen.

Brgm. Giesen: Er glaube über diese Frage gut unterrichtet zu sein. 5,50 Meter sei bequem für zwei Wagenpuren. Die Goethestraße könne niemals durchgehende Verkehrsstraße werden, ihrer ganzen Lage nach. Sie sei lediglich eine Querstraße. Man sei, Gott sei Dank, dazu gekommen, in Wohnstraßen, die es sind und bleiben, an Straßenbaukosten zu sparen, besonders in Kleinwohnungsstraßen. Eine der ersten Anforderungen welche auf der letzten Generalversammlung des Vereins zur Förderung des Weiterwohnens gestellt worden und warm befürwortet worden sei, u. a. von der Autorität, Herrn Geh. Baurat Stübgen, sei diese gewesen. Neuß könne getroßt diesen Bahnen folgen. Zum Drehen brauchten die Fuhrwerke nur bis zur nächsten Ecke zu fahren, dann gehe das bequem, die Straßen seien auch meist nicht so lang, daß sie ohne bequeme Ausfahrt seien.

Stadt. Derstappen pflichtete Herrn Biel bei. Es könne kommen, daß die Verkehrsverhältnisse elektrische Bahnen durch diese Straßen erforderten.

Brgm. Giesen betont, mehr wie 5,50 Meter Fahrbahn wäre Verschwendung und erläutert die Mehrkosten an Herrichtung und Unterhaltung. In seinem Sinne sprechen noch Stadt. Arbeitersekretär Schmitz und Stadtmstr. Sittel.

Die Straßenbreite blieb wie von der Verwaltung vorgeschlagen.

Aus dem amtlichen Protokoll:

Besetzungsordnung der Volksschullehrpersonen.

Stadtverordneten - Versammlung nimmt Kenntnis von der erfolgten Genehmigung der Besetzungsordnung für die Volksschullehrpersonen und erfüllt die hierbei durch die Aufsichtsbehörde gemachten Auflagen, indem sie beschließt, daß im § 3 der Besetzungsordnung hinter den Worten „eine Mietsentschädigung von 370 M“ die Worte eingefügt werden, „sofern sie etwa zu den unter A bezeichneten Schulleitern gehören eine solche von 434 M“ und im § 10 die Worte „gegen Entgelt“ gestrichen werden.

Erhöhung der Amtszulagen für die Hauptlehrerinnen.

Stadtverordneten - Versammlung beschließt, den Hauptlehrerinnen Silling, Breuer und Otten gemäß § 24 des Gesetzes vom 26. Mai 1909 je eine Amtszulage von jährlich 750 M zu gewähren. Der Stadtverordnetenbeschluss vom 18. Jan. 1910, insofern durch denselben den drei Genannten eine Zulage von je 250 M bewilligt worden ist, wird aufgehoben.

Von Nah und fern.

* Düsseldorf, 15. März. Bei der Gemeinnützigen Gesellschaft für Milchauskauf in Rheinland und Westfalen ist der öffentliche Auskauf in den Milchhäuschen auch im Jahr 1909 der Mittelpunkt der Tätigkeit geblieben. In 128 Verkaufsstellen an 54 Orten hat die Gesellschaft im verfloßenen Jahre täglich über 10 000 Liter Milch abgesetzt. In Städten, wo die Plätze für Milchhäuschen gar nicht oder nicht in der nötigen Zahl vorhanden waren, wurden Milchtrinkläden eingerichtet, so in Köln und Frankfurt a. M. Zu einer steigenden Benutzung der Milchkaufstätten hat namentlich der Preisabschlag von 10 Pfg. auf 6 Pfg. für das Viertelliter Milch beigetragen; an manchen Milchhäuschen hat sich der Umsatz dadurch verdreifacht. Auch das geldliche Ergebnis stellt sich bei dem steigenden Umsatz günstiger als bisher. Zum ersten Male schließt das Geschäftsjahr mit einem kleinen Ueberschuß von etwa 391 M ab, während bisher Zuschüsse zu leisten waren. Mit besonderem Eifer sucht die Gesellschaft die Abgabe von Milch an Arbeiter und Arbeiterinnen innerhalb der Betriebsstätten planmäßig zu fördern, einmal weil sie vor allem der heimischen Großindustrie ihren Ursprung verdankt und darum schon auf Einrichtungen hinarbeitet, die der Industrie nützlich sind, dann aber auch, weil die Art der Zusammenfassung der Kundschaft bei den öffentlichen Milchkaufstellen erwiesen hat, daß auch die Arbeiterklasse dem Genuß von Milch zugänglich und dafür dankbar ist. Die Erfahrungen mit dem Verkaufsschank sind dort, wo es sich um einheimische Arbeiter handelt, recht gut, das zeigen die Einrichtungen auf verschiedenen Eisenbahnwerken an der Saar und im rheinisch - westfälischen Industriegebiet; sie sind aber wenig ermutigend auf den Werken, wo vorwiegend ausländische Arbeiter beschäftigt sind; hier läßt sich der Milchgenuß nur sehr langsam einführen, weil diese Arbeiter meist andere Getränke vorziehen. Die Gesellschaft hat im verfloßenen Jahre ihr Arbeitsgebiet auch räumlich erweitert und auch in der Provinz Hessen-Nassau mit der Einrichtung öffentlicher Milchkaufstellen begonnen; es sind Milchhäuschen in den Städten Kassel, Frankfurt a. M., Hanau, Höchst Limburg, Weimar und Wiesbaden errichtet worden. Auch auf dem Truppenübungsplatz und auf dem Kasernenhof finden die Milchhäuschen der Gesellschaft Eingang, vorab auf dem Artillerieübungsplatz zu Wahn und demnach auf dem Kasernenhof in Frankfurt a. M. Das Gesellschaftskapital ist im vergangenen Jahr um 25 000 M auf annähernd 280 000 M gewachsen. An der Übernahme von Geschäftsanteilen ist in besonders starkem Maße die Großindustrie beteiligt, dann auch die großen Bankhäuser in den beiden Provinzen und im benachbarten Gebiet. Zu den Förderern des Unternehmens gehören ferner die Städte, Kreisverbände und verschiedene landwirtschaftliche Vereinigungen. In der gestern unter dem Vorsitz des Kommerzienrats Adolf Möhlau abgehaltenen Gesellschaftsversammlung wurden für den Ausbau der Aufgaben mannigfache Anregungen gegeben. So sollen mit den Vorständen der Krankenkassen Verhandlungen über den Bezug von Milch in den Schankstellen der Gesellschaft durch frange Rassenmitglieder angebahnt werden. Sonohil in Bonn wie auch in Essen sind die hierüber mit den Rassen getroffenen Abmachungen mit gutem Erfolg durchgeführt worden. Wie die Gemeinnützige Gesellschaft in Rheinland und Westfalen, so betätigen sich in andern Teilen der Monarchie ähnliche Gesellschaften mit demselben Erfolg, so in Berlin die Gemeinnützige Gesellschaft für Milchauskauf in Groß-Berlin unter Konrad v. Borika und in Breslau die Schlesische Gesellschaft für Milchauskauf unter Dr. v. Eichhorn.

* Elberfeld, 15. März. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß heute die Erweiterung der städtischen Krankenanstalten, die sich als zu klein erwiesen haben und den modernen hygienischen Ansprüchen teilweise nicht mehr genügen. Nach einem vom Baurat Kuppel-Hamburg aufgestellten Plane sollen auf einem an die Krankenanstalten anstossenden, schon früher käuflich erworbenen Grundstück vier Pavillons, eine neue Desinfektionsanstalt und ein Versammlungshaus für Ärzte und Schwestern mit einem Gesamtkostenaufwand von 1 1/2 Millionen Mark errichtet werden. Zur Wahlrechtsvorlage lagen zwei Anträge, einer von den Sozialdemokraten und einer von bürgerlicher Seite vor. Die Stadtverwaltung erklärte, daß sie gegen eine Verhandlung der Anträge keinen Einspruch erhebe, weil in ihnen die Wahlrechtsfrage mit städtischen Interessen in Verbindung gebracht worden sei, vorausgesetzt, daß die Zuständigkeit des Kollegiums von der Versammlung anerkannt werde. Nach kurzer Erörterung wurde der Antrag der bürgerlichen Stadtverordneten, der an beide Häuser des Landtages gesandt werden soll, mit allen Stimmen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Er lautet: „In Erwägung, daß die Wahlrechtsvorlage zum preussischen Landtage den berechtigten Ansprüchen der Städte auf Erweiterung einer Vertretung im Landtage durch Neueinteilung der Wahlbezirke nicht gerecht wird, ferner die Bezirkseinteilung innerhalb der Wahlkreise, welche ganz besonders in den Städten ungebührliche Wahlrechtsunterschiede verursacht, nicht beseitigt, endlich die Abschaffung der öffentlichen Stimmkabine in einer den städtischen Verhältnissen besonders empfindlichen Beeinträchtigung der Wahlfreiheit nicht vorliegt, beschließt die Stadtverordnetenversammlung in Ausführung der nachstehenden kommunalen Interessen der Stadt Elberfeld die Abendung einer Petition an beide Häuser des Landtages, dahingehend, jede Vorlage abzulehnen, welche die obigen Bedenken nicht ausräumt.“ Der weitergehende Antrag der Sozialdemokraten um Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts war von der Versammlung abgelehnt worden.

* Köln, 16. März. Ein 14jähriges Mädchen aus Neuwied, das seit September vor Is. plötzlich verschwand, war, so heißt es, zu seinen Eltern zurück und auch an, es sei von einem Bader in ein verurteiltes Haus in Köln gebracht worden. Es gab an, daß in dem Hause noch drei Mädchen im Alter von 14 Jahren verborgen gehalten würden. Als die Kriminalpolizei das Haus von unten bis oben durchsuchte, fand sie im oberen Stockwerk in einem kleinen durch eine Falltür verschlossenen Räume drei 14jährige Mädchen, die seit langem verschwunden sind.

* Bonn, 15. März. Der Student der Geodäsie Hans Wolfram aus Merseburg ist durch Urteil des akademischen Senats wegen Verstoßes gegen die akademische Sitte und Ordnung, begangen durch Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung und groben Unfug, mit Entfernung von der Universität bestraft worden. Der Student war im Juli vor Is. nachts in den Garten des Pöppelsdorfer Pfarrers gestiegen, hatte die Topfblumen beschädigt und einen Zettel aufgehängt mit den Worten: Prost liebe Gemeinde, ich trinke für euch all! Von der Strafkammer war er, wie wir berichtet haben, dafür zu 30 M Geldstrafe und weil er nach einer Laterne geworfen hatte, zu weiteren 30 M Geldstrafe verurteilt worden.

Gerichtssaal.

Z. Neuh, 16. März. Vor dem Schöffengericht fand eine längere Verhandlung gegen einen Kaufmann aus Mannheim statt, der eines Nötigungsversuchs beschuldigt, aber freigesprochen wurde. — In einer Beleidigungssklagesache wurde die Urteilsverkündung vertagt.

* Bonn, 15. März. Das Kriegsgericht der 16. Division hat heute hier einen Sergeanten der 160er, der dem jüngsten Leutnant des Bataillons unmittelfach entgegengetreten und auf die zweimalige Zurechtweisung: Halten Sie Ihr Maul! zweimal geantwortet hatte: Ich habe kein Maul!, wegen Achtungsverletzung unter Gewehr vor verurteilter Mannschaft zu 4 Wochen Mittelarrest verurteilt. Das Standgericht hatte vorher auf 6 Wochen erkannt.

* Berlin, 16. März. Gegen die Berliner Gentleman - Einbrecher, die im Zylinder und mit Lastfesseln einen Raubfall auf die Zuckerstraße richteten in der Potsdamerstraße verübt hatten, wurde heute in später Abendstunde das Urteil gefällt. Es lautet gegen den Angeklagten Höhe auf 1 Jahr Zuchthaus zusätzlich, gegen Kühne auf 9 Monate Gefängnis, gegen Kühnel auf 9 Monate Gefängnis, gegen Stade auf 3 Monate Gefängnis zusätzlich und gegen Egg auf 2 Jahre Zuchthaus zusätzlich, 5 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Für das Handwerk.

* Eine Obermeister - Versammlung rheinischer Bäckerinnungen fand in Köln statt. Der Vorsitzende, Herr Heinrich Kampmann teilte im Tätigkeitsbericht mit, daß der Zweigverband Rheinland in Verbindung mit den Brotfabrikanten der Provinz und Westfalens eine Eingabe an den Reichstag gerichtet habe gegen die Getreideausfuhrvergünstigung. Die Gotthard - Mehrem - Stiftung sei genehmigt; heute seien 3900 M vorhanden. Einen breiten Raum der Verhandlungen nahm die Stellungnahme gegen die Konsumvereine in Anspruch. Man verlangte, daß die Konsumvereine wie jeder Gewerbetreibende vom Staat und Kommunalbehörde bezüglich der Besteuerung behandelt werde. Die Regierung und die Kommunalbehörde möge ihren Beamten verbieten, den Konsumvereinen sich anzuschließen usw. Auch die Betsprechung über das am 1. März in Kraft getretene Hefespekulationsgesetz nahm viel Zeit in Anspruch. Ueber die Schädigung der Verbandskollegen durch den Verkauf der „Koggin“ - Brotlizenzen referierte Herr Kampmann. Den Obermeistern wurde auferlegt, in ihren Innungen gegen den Ankauf derartiger Lizenzen zu warnen. Die Unterstufungskasse in Sterbefällen hat bereits 600 M Sterbegeld ausgezahlt; der Reservefonds beträgt 40 000 M. Der diesjährige Verbandstag soll am 18. und 19. Juli in Essen stattfinden. Sogenannte Lohnbäckereien sollen zu den Zwangs-Innungen herangezogen werden können, wenn für den Hauptbedarf, den die Inhaber als solchen angeben, keine Innung existiert. Ueber den Hansabund sprach Obermeister Christoph (Bonn). Im Anschluß hieran nahm man folgende Entschlußung an: Die am 14. März in Köln tagende Obermeisterversammlung des 60 Bäder - Innungen mit 4905 Mitgliedern umfassenen Bäder - Innungen - Verbandes Rheinland vermag bei gebührender Wertschätzung der noch zu erwartenden Tätigkeit des Hansabundes in allgemeinen Interessenfragen für Industrie, Handel, Gewerbe und Handwerk, den korporativen Beitritt von Innungen zu demselben nicht zu empfehlen, überläßt jedoch einen eventuellen persönlichen Beitritt zu dem genannten Bunde der freien Entscheidung seiner Herren Kollegen. R.R.Z.

Lokale Nachrichten.

Neuh, 17. März.

* Ernennung von Geistlichen. Herr Neopresbyter Paul Diemann von hier wurde zum dritten Kaplan an St. Johann in Lachen - Burscheid, Herr Neopresbyter Friedrich Depen von hier zum dritten Kaplan an St. Josef in Wiersen ernannt. Zum dritten Kaplan an St. Marien in Neuh wurde Herr Neopresbyter Paul Alfes aus Hämern bei Wipperfurth ernannt.

* In der Generalversammlung des Altersvereins waren etwa 20 Herren anwesend. Der Vorsitzende, Herr S. Sels erstattete den Jahresbericht. Ende 1908 zählte der Verein etwa 127 Mitglieder, die Zahl vermindert sich durch Wegzug von Herren bis Ende 1909 auf 117. Es wurden eine Anzahl neue Sachen angeschafft, fast alle auf Neuh Bezug habend. Der Vorstand hielt 3 Zusammenkünfte ab. Durch schlechte Witterung im Mai wurde der geplante Ausflug verhindert. Der Kassierer, Herr Kemn, legte Rechnung ab. Das bare Vereinsvermögen beträgt Ende 1908 M 506, Ende 1909 575 M. Die Herren Grunau und Direktor Rosellen hatten die Rechnung geprüft und dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Herr Dr. Ortman hielt darauf einen längeren, sehr interessanten Vortrag über die Neuher Cisternen 1797. Die Ausführungen des Redners über diese verhältnismäßig wenig bekannte republikanische Bewegung in Neuh und am Niederrhein, die unter dem Deckmantel des Patriotismus hauptsächlich eigennützig politische und materielle Vorteile suchte, fand den lebhaftesten Beifall der Zuhörer. Herr Sels dankte im Namen des Vereins dem Herrn Vortragenden und knüpfte daran den Wunsch, ihn noch oft im Verein begrüßen zu können. Herr Köhlinger schlug noch vor, häufiger im Verein zusammenzukommen und ähnliche Vortragende anzuregen, was vom Vorstände gern in Erwägung gezogen werden soll.

* Für den städtischen Krankenhausneubau werden die Gebote für Schreinerarbeiten, wie aus einer Bekanntmachung schon zu erhellen war, gefordert. Wir werden gebeten, darauf hinzuweisen, daß die Eröffnung der Angebote am nächsten Montag, morgens 11 Uhr, stattfinden.

* Gauturnertag. Der vom Niederrheinischen Turngau aus vergangenen Sonntag nach Krefeld auf Haus Blumenfeld einberufene 184. Turnertag war von 55 Vereinen mit 147 Turnern und Turnwartinnen besucht und stand unter Leitung der beiden Gauturnwart Unger-Düsseldorf und Depen-Neuh. Um 10 Uhr vormittags wurde der praktische und belehrende Teil mit der Ausführung der von der Krefelder Turnerschaft aufgestellten Stabübungen aufgenommen. Hierauf folgte die von den Turnvereinen St. Tönis und Litter-Holthausen und vom Allgemeinen Turnverein Neuh ausgear-

mit Frühstück, in besserem
ause, per 1. April zu mieten
esucht.

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, heute Mittag gegen 1 Uhr, meinen lieben Gatten, unsern unvergesslichen, treusorgenden Vater, Bruder, Schwager und Onkel

den wohlachtbaren Herrn

Peter Hoeveler,

im Alter von 53 Jahren, infolge eines Schlaganfalles, gut vorbereitet durch einen recht christlichen Lebenswandel, nach Empfang der hl. Oelung zu sich zu nehmen.

Um ein andächtiges Gebet für den lieben Verstorbenen bitten

Die tiefbetrübte Gattin nebst drei unmündigen Kindern und Anverwandten.

Büderich, Büttgen, Willich, Worringen, Köln und Holzheim den 16. März 1910.

Die Beerdigung findet statt am Samstag, den 19. März, morgens 9 1/2 Uhr, vom Sterbehause aus, gleich hiernach die feierlichen Exequien in der Pfarrkirche zu Büderich.

Sollte Jemand aus Versehen keine Einladung erhalten haben, so möge man dieses als solche betrachten.

Sargmagazin Heinrich Hahn

Neuss, Crefelderstrasse 60.
Grösste Auswahl. — Billigste Preise.
— Telephon Nr. 317. —

Empfehle zu sehr billigen Preisen
Geckig, am Stück verzinkt, Geflecht, Maschinen-Geflecht, Weiden- und Stacheldrath,
gute verstärkte Hammer, Spaten unter Garantie, Dünger- und Heugabeln
Peter Rauen, Ober- und Clarissenstr.

Frühjahrs-Ausverkauf

in
Gemüse und Früchten
zu herabgesetzten Preisen:
Erbsen, Schneidebohnen, Wachsbohnen, Perlbohnen, Dicke Bohnen, Spargel, Mirabellen, gemischte Früchte, Kirschen, Pflaumen, Birnen, Aprikosen, Pfirsiche und Erdbeeren, Salzgurken, Essiggurken und Preiselbeeren
empfehlen
B. Barisch, Telephon 171.

Schuhwaren

werden ohne Preiserhöhung an solvente Leute unter coulantesten Bedingungen auf Teilzahlung gegeben.
Meldungen Niederstr. 49 oder beim Vertreter Frankfurterstr. 31, parterre.
Wer möchte sich an englischem Kurios beteiligen, von Engländerin geleitet? Kurios für Fortgeschrittene besonders.
Näheres Friedrichstr. 48.

la. Ringofen-, Weiss- und Wasserkalk

für Bau- und Düngezwecke empfiehlt billigst
A. Viehmann, am Güterbahnhof. Tel. 485.
Sochmodernes Speisezimmer, massiv eichen, schwarz, fast neu, billig zu verkaufen.
Geisl. Offerten unter M D 109 an die Expedition.



Lungenkranke Kinder
können durch
Dr. Fehlin's Histosan
vollständig geheilt werden.
Histosan ist in Sanatorien und Kinderspitälern des In- und Auslands als ein ausgezeichnetes Mittel seit Jahren hoch geschätzt.
1 Flasche Histosan, Sirup od. 1 Schachtel Histosan-Tabletten ist zu Mk. 3.20 in den meisten Apotheken erhältlich, sonst franko geg. Nachnahme von der Stadt-apothek Singen a. N.

Das Jahrgedächtnis

für die verlebte
Fran Wwe. A. Voswinkel,
Christine geb. Gervers, findet Freitag, den 18. März, morgens 9 Uhr, in der Münsterkirche statt, wozu freundlichst einladet
Die Familie.

Lücht. Hobler

schl. Rheinische Maschinenfabrik.
Schuhmacher
für Reparaturen gesucht, Alford oder 4-5 Mk. Tageslohn. Stellung ist dauernd und wird nur auf tüchtigen, fleißigen Arbeiter reflektiert. Offerten, unt. S K an die Exped. dfr. Sta. [1881]
Beschäftigung.
Offerten unter O H 67 an die Expedition d. Sta. [1848]
Ein tüchtiger
Schreinergehilfe
sogleich gesucht [1885]
Rheinstraße 36.

Jungen,

14 bis 15 Jahre alt, für leichte Fabrikarbeit gesucht.
Neuer
Nudel- und Stärke-Fabrik,
Bei Jof. Schram.
Sohnjordanstr. 10, Eltern als
Anstreichergehilfe
gesucht. Josef Hüppers
Wendelsstraße 3. [1890]

Mädchen

Ein gutes braves
Mädchen
sogleich gesucht. [1858]
Zu erfahren in der Exped.
Haus zu verkaufen in der Nähe vom Gessentor. [1886]
Offerten unter W B 100 an die Exped. erbeten.

Bleichstraße 26
1. Etage, 5 Räume, 2 Mansarden, per 1. April zu vermieten mit allen Bequemlichkeiten. Näheres Bleichstraße 18.
Eine bessere
1. Etage,
4 Zimmer und 1 Mansarde, mit allen Bequemlichkeiten sogleich zu vermieten. [1828]
Heinrich Heiböhler, Ecke Wolbero- u. Furthstr.



Präzisions - Uhren

— auf die Minute regulierbar —

besonders geeignet für

Kommunion- und Konfirmations-Geschenke

werden in eigener Werkstätte abgezogen u. reguliert.

Reelle schriftliche Garantie.

— Bekannt grösste Auswahl in —

modernem **Gold- und Silberschmuck,**
wie **Ringe, Broschen, Colliers, Ketten, Armbänder, gefüllte Etais mit Bestecks, Nähgarnituren, Schreibgarnituren usw.**
Werkstätte für Uhren-Reparaturen, geschmackvolle Umänderungen, Gravierungen, Vergolden, Versilbern. (1230)

J. P. Plücken,

Niederstr. 79—81. Telephon 347. Gründung 1845.



Allein-Verkauf für

Düsseldorf und Neuss.

Frühjahrs-Neuheiten

— Die Auswahl ist einzig. —

Konfirmanden-Kommunion-Stiefel

— in reichster Auswahl. —

Neue Modelle à 8.50, 10.50, 12.50 u. höher. Neue Formen.

Schuh-Haus

S. Silbermann

Düsseldorf, Ecke Graben- und Mittelstrasse.

Telephon 1790.

— Beachten Sie meine neuen Dekorationen. —

Sonntag, 20. März, bis abends 6 Uhr geöffnet.

Höhere Handelsschule zu Aachen

verbunden mit dem städtischen Realgymnasium.
Beginn des Schuljahres am 13. April 1910.
Anmeldungen beim Direktor. Prospekte und Auskunft bei demselben.

Das Kuratorium.

Kölner Konsum-Anstalt

H. Lohmar

Büchel 12	Genl. nstr. 1	Crefelderstr. 54
Bratenschellfisch	per Pfund 14 Pfg.	
Schellfisch, mittel	" " 20 "	
Kablau, ohne Kopf	" " 24 "	
Stodfisch, gewässert	" " 25 "	
Bratbündlinge	10 Stück 35 "	
Sprotten	per Pfund 60 "	
Kohlfasser	per Stück 5 "	
Rollmöpse	2 Stück 11 "	
Sardinen	per Pfund 35 "	
frische grüne Heringe	" " 8 "	

sowie alle Kolonialwaren zu bekannt billigen Preisen.

Schöne abgesehl. Etage

4 Räume und Mansarde, per 1. April zu vermieten.
Näheres Heinrich W. Herz, Dr. hof. 1 Etage. [1884]
Im Stadt. Hause Gartenstr. 9 ist die

1. Etage

sogleich zu vermieten [1890]
Näheres Hagermeisteramt (Zimmer 2).

2. Etage

Schöne abgeschlossene Etage mit allen Bequemlichkeiten versehen, per sofort oder 1. April zu vermieten [1738]
Eindenhof, Jülicherstrasse.

Eine 2 Zimmer- und 3 Zimmer-Wohnung

an ruhige Leute zu vermieten Josefstraße 114.

Große abgeschlossene 1. Etage

zu vermieten. [1829]
Näheres Salzstraße 18.

Möbliertes Zimmer

zu vermieten Hymnasse 2.

St. Martinus - Fackelzug der Altstadt.

Heute Donnerstag, den 17. März, abends 8 1/2 Uhr bei Theob. Esser, (im schw. Pferd) Versammlung.

Der Vorstand.
Tagesordnung wird noch bekannt gegeben.

Stadttheater Düsseldorf.

Donnerstag, den 17. März, abends 7 1/2 Uhr, Serie 8: Unbestimmt.
Freitag, den 18. März, abends 7 1/2 Uhr, Serie 1: Der Freischütz.
Samstag, den 19. März, abends 7 1/2 Uhr, Serie 2: Zum ersten Male: Der große Zote. (Lustspiel).

Schauspielhaus Düsseldorf.

Donnerstag, den 17. März, abds. 8 Uhr: Feindliche Seelen.
Freitag, den 18. März, abds. 8 Uhr, Abonnement B: Johannisfeuer. (Zum ersten Male.)

Gensterrahmen,

Schranktüren, Rolläden, Treppen, Fensterläden, Wandverkleidungen u. fertigt als Spezialität billigst

Heinr. Hahn,

mech. Schreinerei u. Sargfabrik Neuss, Crefelderstrasse 60. Telephon Nr. 317.

Ziehung am 30. April in Elberfeld

Luftschiffahrt-Lotterie

der Rhein.-Westf. Motor-Luftschiff-Gesellschaft.
Genehmigt für die Rheinprovinz 2283 Brillant-, Gold- und Silbergegenstände im Werte von
24000
10000
5000
Lose 1 Mk., 11 Lose 10 Mk.
Porto u. Liste 30 Pfg. Oen.-Debit
Ferd. Schäfer,
Bankgeschäft, Düsseldorf 24.
Auch zu haben in allen kenntlich gemachten Verkaufsstellen.

2 ruhige, ältere Personen

suchen
Etage-Wohnung
per sofort oder später.
Off. mit Beschreibung und Preisen unt. A S 3 an die Exp.

Überzeugen Sie sich, daß die

Deutschland-Fahrräder

die besten, daher im Gebrauch die allerbilligsten sind!
Verlangen Sie Preisliste, die reichhaltigste d. Branche, auch über Radfahrer-Bedarfs- u. Sportartikel, Nähmaschinen, Uhren etc. kostenlos von den
Deutschland-Fahrrad-Werken
August Stukenbrock, Einbeck
Altes u. größtes Fahrradwerk Deutschlands

Neusser Zeitung

Er erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Preis vierteljährlich 1,50 Mk., halbjährlich 2,80 Mk., jährlich 5,00 Mk., durch die Post bezogen 1,80 Mk., mit Anst. Unterhaltungsblatt 1,80 Mk., durch die Post bezogen 1,95 Mk. Verantwortlich für die Schriftleitung: Th. Jossen, Neuss.

Ämtliches Kreisblatt

Druck und Verlag: Rob. Rood, Neuss.

Anzeigen 15 Bsp. die 7zeilige Petition oder deren Raum, auswärtige 20 Bsp. Reklamen 60 Bsp. die 3zeilige Petition oder deren Raum. Verantwortlich für den Anzeigentheil: Josef Wyrich, Neuss. Expedition: Neuss, Neustr. 1. Tel. 57.

Nr. 61. 2. Blatt.

Donnerstag, 17. März. (Gertrud.)

1910. 85. Jahr.

Aus den Parlamenten.

Berlin, 15. März.

Im Reichstage wurde heute zunächst über die Ostmarkenzulagen abgehandelt, die seinerzeit beim Postetat wegen Beschlagnahme des Hauses zurückgestellt werden mussten. Im Himmelsprung wurde festgestellt, dass 154 Abgeordnete für 140 gegen diese Zulage stimmten; die Zulagen sind also auch für 1910/11 bewilligt. Sodann wandte sich das Haus wieder dem Etat des Reichskanzlers zu. Eine Resolution, die um Unterstützung der Bestrebungen der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit ersucht und von den Abg. Pring zu Schönaich - Carolath (natl.) und Prof. Eichhoff (Fortfchr. Kpt.) bearbeitet wurde, veranlasste den Staatssekretär v. Schöen zu einer entgegenkommenden Erklärung. Eine von den Sozialdemokraten eingebrachte Resolution betreffend Beschlagnahme der Reichstagswahlen wurde vom Staatssekretär Delbrück dahin beantwortet, dass er eine Erfüllung der dahingehenden Wünsche nicht zusagen könne. Eine weitere Resolution der Sozialdemokraten betreffend die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers wurde, nachdem nur Abg. Ledebour (Soz.) dazu gesprochen hatte, gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Damit war der Etat des Reichskanzlers erledigt.

Beim Etat des Auswärtigen Amtes wies Abg. Graf Ranig (Kon.) auf die unmittelbar bevorstehende Kommission des Reichskanzlers hin und gab dabei in überzeugenden Worten dem Vertrauen auf die Festigkeit des Dreiecks Ausdruck. Unter Bezugnahme auf die Aeusserungen des Ersten Vords der Admiralität am ersten Tage der Marinadebatte im englischen Unterhause bewertete der konservative Redner, dass alle Friedens- und Freundschaftsverhandlungen, die auf deutscher Seite gegenüber England abgegeben worden seien, die erwünschte Wirkung nicht gehabt hätten.

Abg. Dr. Stresemann (natl.) verbreitete sich des längeren über die Mannesmann - Angelegenheit, die die Budgetkommission bereits in mehrtägiger Debatte beschäftigt hatte.

Berlin, 15. März.

Vom Herrenhause wurden heute die Gesetzentwürfe über Vermeidung kommunaler Doppelbesteuerung von Bürgern eines deutschen Bundesstaates in einem anderen Bundesstaate und die Novelle zum Staatsschuldbuchgesetz, die die Eintragung von Staatsschuldbuchschulden auch ohne Umwandlung von Schuldverschreibungen fordert, in der Fassung der Kommission angenommen. Der Finanzminister erläuterte den finanzpolitischen Zweck der Schuldbuchnovelle; nach seinem Vorschlag wurde die Vorlage genehmigt. Die Vorlage über die Zwangsfortbildung von Schülern in Schleien wurde ebenfalls genehmigt, das Verbot des Sonntagsunterrichts aufrechterhalten. Für dieses Verbot hatten sich neben dem Landwirtschaftsminister v. Arnim namentlich die Herren Graf Häfeler, Frhr. v. Bissing, Oberbürgermeister Bender (Breslau) und Graf Botho Eulenburg mit Entschiedenheit ausgesprochen.

Luftschiffahrt.

Die Entwicklung des Luftverkehrs. Wie sich in Zukunft der Luftverkehr entwickeln wird, davon erhält man schon jetzt einen kleinen Vorgeschmack, wenn man, wie Schreiber

dieses im Rheinland lebt, und an einem schönen Frühlings-Sonntagmorgen das Bedürfnis fühlt, etwas Höhenluft zu genießen. Wir hatten am Abend vorher unseren Winterstat abgeschlossen, und die Revision der wohlgeputzten Statasse ließ in uns den Wunsch entstehen, von dem schwer verdienten Gelde eine gemeinsame Ballonfahrt auszuführen. Um nun nicht Gefahr zu laufen, an irgend einem vorher bestimmten Tage bei womöglich schlechtem Wetter aufsteigen zu müssen, wollten wir die Richtigkeit der Behauptung unseres Essener Fahrtenwartes erproben, der mir erklärt hatte: „Wir sind heute so weit, dass, wenn Sie früh um 7 Uhr eine Fahrt anmelden, Sie mit ziemlicher Sicherheit gegen 9 Uhr abfahren können, vorausgesetzt natürlich, dass nicht alle Ballons und Führer schon vergeben sind.“ Ich versuche es also und habe Glück; die nach 20 Minuten erfolgende Antwort lautete: „Um 8 Uhr 50 fährt Ihr Zug nach Gelsenkirchen, um 9 Uhr 30 steht auf Jede Rheinelbe der „Bochum“ fertig zur Abfahrt, ich führe selbst, für Frühstücken haben Sie zu sorgen.“

Fast pünktlich auf die Minute fuhren wir ab, es herrschte schöner Frühlingssonnenschein, doch war er noch nicht kräftig genug gewesen, in unserer nächsten Nachbarschaft den Schnee zu schmelzen, eine mehrere 100 Meter hohe Dunstschicht verhinderte die kräftige Wirkung der Strahlen. Langsam stieg der Ballon durch, in 450 Meter Höhe schwamm er darauf, und nun bot sich uns ein unerwartetes, wundervolles Bild. Statt wie wir es uns ausgemalt hatten, in einsamer Beschaulichkeit dort oben im Weltentraum einen Rivieratag verleben zu können, tauchte ein Ballon nach dem anderen aus der Dunstschicht auf, und mit der erwarteten Ruhe war's vorbei, denn naturgemäß interessierten uns die in der Luft schwebenden gelben Kugeln nach Abstammung und Bemannung. Teils waren sie so nahe, dass man die Namen lesen konnte, teils wühlte unser Führer aus den vorhergegangenen Unterhaltungen, wo sie aufgestiegen waren und wer sie führte. Ganz nahe, fast neben uns befand sich der „Bamler“, der unter Führung von Rechtsanwalt Dr. Riemer, Essen, aufgestiegen war, ebenso der „Wesel“, den Dr. Zaubiger, Essen, führte. Im Südosten erschien der „Schöder“, der von Oberlehrer Zaubiger, Hagen, geführt und in Hagen aufgestiegen war, im Süden der „Elberfeld“ und der „Barmen II“, die beide aus dem Wuppertal kamen. Im Südosten, auch noch ziemlich nah, fuhren die beiden Düsseldorf Ballons „Krefeld“ und „Überroon“, die von Neuss aufgestiegen waren, und ganz weit im Süden, noch gut zu sehen, fuhren 2 Kölner Ballons. Hätten wir etwa 200 Kilom. weit leben können, so hätten wir auch die beiden Bonner Ballons „Prinz Adolf“ und „Prinzess Victoria“ entdeckt, die von Saarbrücken aus eine Fahrt machten. Es waren also im Laufe der Zeit rings um uns herum gut zu sehen 9 verschiedene Ballons. Gelegentlich von Wettfahrten hat man ja schon mehr auf einmal in der Luft gesehen, aber wenn man in die Höhe fährt, ohne vorbereitet zu sein, dass da noch mehr Ballons fahren, dann macht es doch einen imposanten Eindruck, sich in der Gesellschaft von so vielen anderen Luftfahrern zu befinden, und man ahnt, wie es wohl in einigen Jahren aussehen wird, wenn sich dazu noch Lenkballons und Flugmaschinen gesellen werden.

Dr. Bammler.

Stadtherordneten - Sitzung.

(Siehe auch 1. Blatt.)

Neuss, 16. März.

In der gestrigen Stadtherordnetenversammlung nahm nach den Ausführungen des Bürgermeisters (Siehe die gestrige Ausgabe D. R.) über die

Regulierung des Hauptstrahenzuges vom Bahnhof bis zum Obersee.

Stadt. Connes das Wort, um Asphaltierung des Strahenzuges vorzuschlagen. Dann sei die Reinigung viel leichter. Er habe sich von einem Sachverständigen sagen lassen, dass Ausgießen mit Asphalt solle sich nicht bewährt haben. Er bitte, sich auch sonst irgendwo zu erkundigen. In Betracht komme besonders, dass wir enormen Fußverkehr hätten. Asphalt ausgießen bröckle im Winter ab, und man habe später daselbe wie sonst bei Pflasterung.

Stadt. J. Josten: Die Bedenken möchten berechtigt sein; es handle sich aber heute zunächst um grundsätzliche Genehmigung.

Brgm. G. Ielen: Es wäre ihm lieber, darüber Klarheit zu haben, ob Asphalt genommen werde oder nicht. Die ganze Arbeitseinteilung werde evtl. eine andere. Er rate dringend von Asphalt ab. Man könne hinkommen wo man wolle, bei Asphalt sehe man fortwährend Reparaturen.

Stadt. Breuer: Er könne aus eigener Erfahrung in großen Städten die Wahrnehmung mitteilen, dass man bei Asphalt in der Nähe der Schienen immer am reparieren bleibe. Bei Regen gebe es dabei immer Pfützen. Wenn das einmal angefangen habe, sei es auch vorbei. Er möchte erwähnen, dass es auch viel auf den Unterbau der Bahnleiste ankomme, der hier miserabel sei. Daran fränke die ganze Straße. Wenn der Unterbau neu gemacht werden, möge darauf gerade besonderes Augenmerk gerichtet werden.

Brgm. G. Ielen: Das tue die Rheinische Bahngesellschaft schon im eigenen Interesse, damit ihr Material geschont werde.

Berg. I. H. Wissen: Bei den Beratungen mit der Rheinischen Bahngesellschaft sei diese Frage auch erwähnt worden. Die Herren von der Bahngesellschaft hätten auch geraten, die von der Verwaltung vorgeschlagene Pflasterung zu wählen, weil das Pflaster leicht zu reparieren sei. Wenn auch im Winter der Asphaltausgieß etwas spärlicher werde, so sei das leicht nachzugleichen. Das sei keine große Aufgabe. Die Rillen müßten gut gereinigt werden, und der Ausgieß müsse bei trockenem Wetter erfolgen. Asphalt erfordere viel mehr Reparaturen. Zwischen Pflaster und Schienen würden jetzt besondere Tonstücke eingebaut. Die Herren von der Bahngesellschaft rieten trotzdem von Asphalt ab.

Brgm. G. Ielen: Wenn die Pflasterung mit Kopfsteinen mit Ausgieß in den Sommermonaten gemacht werde, brauche man keine Bedenken wegen der Haltbarkeit zu haben. Es im Winter zu machen, sei allerdings bedenklich. Die Reparatur sei eine Kleinigkeit, besonders, weil das Ausgangsmaterial wieder verwendbar sei. Er möchte darauf hinweisen, dass, um Stöße und Erschütterungen zu verhindern, am ganzen Gleise entlang Tonstücke gelegt werden.

Stadt. Heinemann: Wie lange es mit der Fertigstellung dauern werde.

Der Vorsitzende erwidert, dass hänge davon ab, wie der Bahnausbau weiter gehe. Die Krefelderstraße werde Ende des Monats fertiggestellt werden, und dann werde die Unterführung in Betrieb genommen. Er hoffe, dass es sich ermöglichen lasse, das Gleise und die große Abzweigeweiche an der Ecke der Bahnstraße auszubauen. Er hoffe, dass nach Erledigung der Formalitäten und wenn der Vertrag mit der Rheinischen Bahngesellschaft abgeschlossen ist, diese Sache im Laufe des Sommers fertig werde. Es werde so gehn, dass auf Grund des Vertrages der ganze Unterbau fertiggestellt werde, dass dann von einer zweiten Kolonne die Schienen vorgerückt würden und eine dritte Kolonne die Pflasterung vornehme. Es werde immer die halbe Straße und der eine Bürgersteig vorgenommen. Eine Verein-

Höhen und Tiefen.

Roman von M. Eitner.

Schneller als man erwartet hatte, schritt die Besserung des verletzten Weines vor. Fast mit Bedauern merkte es der Rittmeister, wenn er auch einerseits froh war, wieder zur Tätigkeit gelangen zu können. Als er den Fuß wieder aufsetzen konnte, ohne Schmerzen im Bein zu verspüren, sah er mit Vorliebe in dem schönen Pfarrgarten, auf einer von Fichten umgebenen Bank, sich selbst wie ein Kuriosum betrachtend, weil die Stille, die hier über der ganzen Welt zu liegen schien, ihn nicht irritierte, sondern ihm wohlthat.

Wie an manchen Menschenherzen im Sturm gearbeitet wird, so an anderen in der Stille. Das mußte Senden erfahren, der sich jetzt noch nicht völlig klar war über das, was sich in ihm vorbereitete. Als er so weit hergekommen war, dass er seinem Regiment nachziehen konnte, stand er vor Pastor Ebert und seiner Frau, um Abschied zu nehmen. Die Pferde standen bereits vor der Gartentür gestallt.

„Arme Frau Pastor“, sagte er, „Sie mögen geseufzt haben, als Ihnen überhaupt Einquartierung drohte, und nun sind Sie gar dergestalt geplagt worden, dass Sie länger Zeit bedürfen, um sich zu erholen.“

Frau Pastor Ebert lächelte herzlich und entgegnete: „Manchmal sieht sich ein Uebel aus der Ferne schlimmer an, als es sich dann in der Nähe erweist. Diesmal war es so. Nehmen Sie den Gedanken mit, dass unser Quartiergast uns sehr lieb geworden ist. Wir werden uns freuen, Sie auch ohne Wandervogel einmal hier begrüßen zu können.“

Der Pastor bemerkte fröhlich: „Herr Rittmeister, das war viel gesagt von meiner Frau, für welche die ununterbrochene Stille des Landlebens ein Erfordernis ist. Sie haben ihr Herz, wie es scheint, im Sturm erobert! Nun behüte Sie Gott! Schonen Sie Ihr rechtes Bein. Gar zuviel wird es noch nicht vertragen.“

„Leben Sie wohl“, sagte Senden. „Haben Sie vielen Dank. Sie ahnen gar nicht, was ich alles bei Ihnen gelernt habe, das mir vielleicht in meinem weiteren Leben von großem Nutzen sein wird.“

Der Rittmeister bestieg sein Pferd, das schon ungeduldig den Boden stampfte. Er grüßte noch einmal und war bald den Nachblickenden entchwunden.

Es war gegen Abend, als der Professor Langhild von seiner Reise zurückkam. Er hatte sich vorher nicht darüber ausgesprochen, wie lange er bleiben würde, hatte durch kein Telegramm seine Heimkehr angezeigt. Er betrat sein Zimmer, ohne daß seine Mutter und Tochter etwas gemerkt hatten. Wie einer, der eine große Anstrengung hinter sich hat und milde dadurch geworden ist, setzte er sich vor seinen Schreibtisch und stützte den Kopf mit den Händen. Er mußte sich erst klarmachen, daß er wirklich wieder in seinen eigenen Räumen war, in denselben Räumen, in welchen er den Haß gegen das Geschlecht und gegen den Namen Wellingshausen gepflegt und immer wieder neu aufgeführt hatte, wenn er glaubte, er brenne nicht hell genug.

War er denn noch derselbe Mensch, nun das Feuer, das durch ein Menschenalter in ihm gebrannt hatte, erlosch? Erlöschen mußte es ganz und gar. Wie konnte und durfte er es noch unterhalten, wenn seine Maria den Namen, den er bis jetzt gehegt hatte, tragen sollte? Wie konnte und durfte er es noch unterhalten, nachdem er Elisabeth Auge in Auge gegenübergestanden und erkannt hatte, daß ein Leben voll Leid ihr Los gewesen war? O, diese sanften, schwarzen Augen mit dem wunderbaren Ausdruck! Wie sie ihn angeblickt hatten! Wie ihr Lächeln ihm tief hinein ins Herz gedrungen war und ihn hatte erbeben lassen, in einer Weise, daß er um keinen Preis noch länger hätte wollen von ihnen angesehen werden.

Wie Grimm faßte es ihn jetzt plötzlich wieder, als er sich sagte, daß um einer von ihm ungekannten Schuld eines anderen willen, ihr und sein Glück hingeopfert worden war, ihr und sein Leben gerettet worden war. Doch er schüttelte den Grimm ab. Alle diese düsteren Gefühle, die sich im Menschenherzen gegen andere erheben, andere anklagen, andere vernünftigen lassen, sollten ja zur Ruhe kommen. Er wollte sie überwinden.

Er war Psychologe genug, um zu wissen, daß in solchem Willen bereits der Anfang zum Vollen lag. Er raffte sich auf. Es war Zeit, daß er von sich und seinen Gefühlen abstrahierte und wieder diese noch sich selber zum Gegenstand wissenschaftlicher Erörterungen machte, sondern daß er an Maria dachte. Seine arme geknickte Blume! Gefolgt durch ihn. Ob sie sich wieder aufrichten würde, dem Licht entgegen? Ob sie noch Kraft haben würde, sich zu erheben? Wehe, wenn es zu spät war!

Dieser Gedanke beunruhigte den Professor plötzlich namenlos. In Eile verließ er jetzt sein Zimmer, um die Wohnstube, wo er seine Mutter und Maria vermutete, aufzusuchen. Er trat ein. Schnell überflog und ersagte sein Blick die Situation. Seine

Mutter saß an ihrem gewohnten Platz, ein Strichzug in der Hand. Maria lag auf dem Sofa hingestreckt, bleich und müde.

„Du, Hugo, schon zurück?“ rief Frau Langhild. Prägend blickte sie ihren Sohn an. Sie mußte in seinem Gesicht etwas lesen, das ihr große Freude machte, denn ihre Augen wandten sich mit schnellem Aufleuchten zu Maria hin.

Der Professor reichte der Mutter die Hand und trat zu der Tochter heran, die sich erheben wollte und doch vor Müdigkeit kaum imstande dazu war.

„Bleib liegen, Kind“, sagte er. In seiner Stimme lag eine Weichheit, die Maria aufhorchen machte, als höre sie eine wunderbare, süße Musik.

Der Professor zog sich einen Stuhl heran und blickte prüfend in Marias Gesicht. Da quoll ein Gefühl in ihm auf, so heiß und wunderbar, daß ihm momentan die Augen trübe wurden und er kaum etwas zu sagen vermochte. Neue, heiße Reue, erfaßte ihn. Er hatte Menschen gehaßt, war zum Menschenfeind geworden, weil man ihm seine Liebe genommen hatte, weil seine Hoffnungen auf Glück zerstört worden waren. Und er hatte ohne Mitleid, mit rauher Hand, in seines Kindes Leben eingegriffen, hatte Marias Hoffnungen auf Glück zerstört. Was er, der Mann, nicht hatte ertragen können, ohne umgewandelt zu werden in seinem innersten Sein und Wesen, hatte er einem zarten Mädchen zugemutet. Wieder tauchte der Haß in diesem Augenblick in ihm auf, aber es war der Haß gegen sich selber.

„Du warst nicht lange verreist, Papa“, sagte Maria, weil der Professor schwieg.

„Nein, Kind. Ich brauchte nicht viel Zeit. Ich hatte nur eine Bestellung zu machen.“ — Er streichelte Marias schmale Hände und fragte: „Kind, fühlst du dich denn gar so müde? Ich hatte gedacht, wir würden übermorgen eine Tour zur Burg und Mollentur unternehmen können, weil ich morgen Besuch erwarte.“

„Ach, Papa!“ seufzte Maria. „Besuch und ein Spaziergang! Es wird schon gehen.“ fügte sie jedoch schnell hinzu. „Wenn ich zu müde bin, kann ich ja mit Mütterchen fahren.“

„Ja, auf diese Weise geht es am besten“, bemerkte der Professor und fragte: „Bist du denn gar nicht neugierig, welchen Besuch ich erwarte?“

„Du kennst so viele Menschen, die ich nicht kenne, Papa, aber willkommen sind sie ja immer.“

„Von dem, der kommen will, habe ich dir heute schon einen Gruß auszurichten, Maria.“

